

Ratsherr Kühl eröffnet die Aussprache mit einer Schilderung zum Sachverhalt, dass in den vergangenen Wochen wiederholt Passagen aus nicht öffentlichen Sitzungen am nächsten Tag, zum Teil in wortwörtlicher Wiedergabe, in der Presse zu lesen waren. Diese Indiskretionen seien nicht hinnehmbar. Die CDU-Ratsfraktion habe daher Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras aufgefordert, Strafanzeige zu erstatten.

Ratsherr Kühl erinnert daran, dass allenfalls Ergebnisse, nicht aber Inhalte der in nicht öffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkte kommuniziert werden dürften und erklärt, er stelle sich die Frage, wozu überhaupt noch in nicht öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen würde.

Mit dem Antrag auf eine „Aktuelle Stunde“ solle ein Denkanstoß gegeben werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras, erklärt, er habe Strafanzeige erstattet. Diese Indiskretionen seien keine Lappalie, sondern strafrechtlich relevant.

Es folgt eine kurze Diskussion, in deren Rahmen folgende Aussagen getroffen werden:

- Debatten müssen, soweit rechtlich möglich, öffentlich geführt werden.
- Wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern, ist die Öffentlichkeit auszuschließen. Das dient dem Schutze Dritter und ermöglicht dem jeweiligen Gremium, die Debatte zu führen.
- Jedes Mitglied eines städtischen Gremiums hat eine Verpflichtungserklärung u. a. zur Verschwiegenheit unterzeichnet und sich daran zu halten.